Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826 — Fernsprecher 29

Nr. 207 — Montag den 6. September 1920 — 94. Jahrgang

Die wirtschaftliche Not unserer Zeit und der Bau des Großschiffahrtsweges vom Rhein zur Donau.

Von Dipl.-Ing. F. A. Hoppe.

Die kritische Lage unseres Wirtschaftslebens in der jetzigen Zeit, die fast schon den größten Optimisten die Hoffnung raubt, findet ihre Erklärung in der Verarmung Deutschlands vor allem an Kohle, wodurch die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie sehr vermindert wird, da die Kohlenknappheit eine bedeutende Verteuerung dieses für unser Wirtschaftsleben so überaus wichtigen Rohstoffes mit veranlaßt hat. Ferner belastet die Verteuerung unserer Verkehrswege unsere Wirtschaft stark und vermindert ihre Leistungsfähigkeit. Diese beiden Erscheinungen sind vornehmlich die Ursache für die unser Land so schwer bedrückende Arbeitslosigkeit. Wenn wir also über die kritische Zeit, in der wir uns jetzt zweifellos befinden, ohne weitere Zerstörungen an Werten — und damit verbunden ist noch größere Arbeitslosigkeit hinwegkommen wollen, so muß unser Sinnen und Trachten zielbewußt auf dreierlei gerichtet sein und alle einflußreichen Stellen müssen mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Energie und Kraft die Bestrebungen unterstützen, die diese drei Ziele wirtschaftlich zu erreichen trachten. Das erste ist, Ersatz zu finden für die verloren gegangenen Kohlen, das zweite eine Verbilligung des Verkehrs zu erreichen und das dritte, jede Möglichkeit für eine produktive Beschäftigung unserer Erwerbslosen auszunutzen. Bei dem vom Südwestdeutschen Kanalverein angestrebten Ziele der Rhein-Donau-Verbindung über den Neckar und der Schiffbarmachung der Donau von Ulm abwärts bis Kehlheim und der Verbindung der Donau mit dem Bodensee wird für Südwestdeutschland dadurch, daß rund 250 000 PS., davon etwa 20 000 PS. auf der Strecke Ulm-Bodensee, beim Ausbau dieser Wasserstraßen dem Wirtschaftsleben nutzbar gemacht werden — gleich einer jährlichen Kohlenersparnis von anderthalb Millionen Tonnen — die erste der drei Forderungen wirkungsvoll erfüllt, dadurch, daß er Südwestdeutschland durch Wasserstraßen mit den Rohstoffgebieten und Absatzgebieten für Südwestdeutschland in Verbindung bringt, erreicht er für diese Länder mit der Auswirkung auf große Teile des übrigen Deutschlands eine Verbilligung des Verkehrs, und damit, daß er gerade in der heutigen Zeit die Durchführung dieser seiner Ziele verlangt, strebt er an, eine Möglichkeit zu schaffen, einen Teil der Arbeitslosennot dadurch zu lindern, daß er dem so arg brach liegenden Baugewerbe Beschäftigung verschafft. Wenn auch die Zahl derjenigen, die zu gleicher Zeit am Bau dieser Wasserstraßen direkt Verwendung finden, sich naturgemäß in bescheidenen Grenzen halten muß, so finden doch indirekt bedeutend größere Massen Beschäftigung durch Vergebung von Aufträgen an die Privatindustrie. Die Pläne des Südwestdeutschen Kanalvereins verlangen bei ihrer Durchführung kein totes Kapital, da die dabei gewonnenen Werte imstande sind, die Baukosten zu verzinsen und zu amortisieren und die Betriebs- und Unterhaltungskosten zu decken. Es werden also alle drei Forderungen in gerade zu idealer Weise bei der Durchführung des Großschiffahrtsweges über den Neckar erfüllt. Wenn man die Möglichkeiten der Rhein-Donau-Verbindungen unter dem Hinblick auf diese drei Forderungen miteinander vergleicht, so kann man sagen, daß zweifellos der Rhein-Donau-Verbindung über den Neckar gegenüber derjenigen über den Main der Vorzug gebührt, denn erstere liefert direkt durch den Ausbau der Schiffahrtsstraße rund 230000 PS. bei der noch auszubauenden Strecke, während bei der Verbindung über den Main, wenn man die Zuführung von Lechwasser durch einen 90 Kilometer langen Zubringer außer Betracht läßt, durch den Ausbau der Schiffahrtsstraße allein nur zirka 48 000 PS. gewonnen werden. Dabei führt die Rhein-Donau-Verbindung über den Neckar durch die beiden stark industrialisierten Länder Baden und Württemberg und schließt die ganz bedeutende Industrie des Neckar- und Filstales, ferner von Südbayern die Städte Augsburg u. München an den europäischen Verkehr günstiger an. Drittens ist die Beschäftigung der Arbeitslosen bei der Rhein-Donau-Verbindung über den Neckar bedeutend wirtschaftlicher und produktiver, da die Baukosten durch die gewonnenen techn. Energien vollständig verzinst und amortisiert werden können, während dieses bei der Verbindung über den Main nur durch Bauten möglich ist, die mit der Großschiffahrtsstraße nichts zu tun haben. Deshalb sucht man jetzt durch Abmachungen u. Verträge einen Zustand zu schaffen, bei dem man über Wasserkräfte die Verfügung erhält, die beim Ausbau des Großschiffahrtsweges über den Neckar an der Donau anfallen würden, um dieselben getrennt ausbauen zu können und die Ueberschüsse, die dabei gemacht werden, zum Ausbau der Rhein-Donau-Verbindung über den Main zu verwerten. Darin liegt das volle Zugeständnis, daß die Rhein-Donau-Verbindung über den Neckar an sich die wirtschaftlichere ist. Dieses Bewußtsein muß unbedingt Gemeingut aller werden, deren Mitwirkung unerläßlich ist, soll die verkehrsgeographische Lage Württembergs u. Badens in der Zukunft nicht noch schlechter werden, als sie so schon ist.

Die Beendigung des Generalstreiks.

In Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Anwesenheit der Regierung am 2. und 3. September geführt wurden, kamen folgende Vereinbarungen über die Beendigung des Generalstreiks zustande: 1. Arbeitgeber und Arbeitnehmer anerkennen alle das Arbeitsverhältnis regelnde Gesetze und Verordnungen, sowie die jeweils bestehenden Tarife und mit den gesetzlichen Vertretungen der Arbeitnehmer getroffenen Vereinbarungen. Vor der Wiedereinstellung hat jeder Arbeitnehmer diese Erklärung, sowie sein Einverständnis mit dem gesetzlichen Steuerabzug unterschriftlich zu bestätigen. Als Inhalt der von einzelnen Arbeitnehmern schon abgegebenen Verpflichtungserklärung gilt vorstehende Vereinbarung. 2. Der durch die behördlichen Maßnahmen und den Generalstreik herbeigeführte Betriebsstillstand wird nicht der Durchführung von Betriebseinschränkungen dienstbar gemacht. Wo Betriebseinschränkungen aus wirtschaftlichen Gründen nötig werden, oder schon bisher mit den Betriebsvertretungen erörtet wurden, werden die Verhandlungen im gesetzlichen Rahmen weitergeführt. 3. Alle Streikenden oder von der Schließung der Betriebe betroffenen Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) werden wieder eingestellt mit Ausnahme derjenigen, die sich schwere Verfehlungen gegen die Ordnung des Betriebs oder die Strafgesetze haben zu Schulden kommen lassen. Diese Arbeitnehmer haben das Recht, binnen einer Woche Einspruch zu erheben bei einem Schiedsgericht, das aus je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht unter dem Vorsitz eines von der Regierung zu ernennenden Unparteiischen, dessen Bestellung im Einverständnis mit den beteiligen Organisationen erfolgt und endgültig entscheidet. Das Schiedsgericht kann erkennen auf Wiedereinstellung, auf Entschädigung nach Maßgabe des § 87 Absatz 2 des B.R.O., oder auf Abweisung des Einspruchs. Jedem der beiden Teile steht das Recht zu, anstatt der Wiedereinstellung die Entschädigung zu wählen. Wird in einem solchen Fall vom Arbeitgeber gegen den Widerspruch des Arbeitnehmers die Entschädigung gewählt, so bleibt der Fall den beteiligten Organisationen zur Prüfung und Herbeiführung einer billigen Verständigung vorbehalten. 4. Die Wiedereingestellten treten in ihre alten Rechte ein. 5. Die Arbeitgeber erklären: Eine Lohn- und Gehaltszahlung findet für Sperr- und Streiktage nicht statt. — Die Arbeitnehmer erklären: Die Verhandlungskommission nimmt hievon Kenntnis, ebenso von der Erklärung der Regierung, daß auch sie eine Entschädigungsverpflichtung nicht anerkennt. Die Arbeiter und Angestellten müssen sich demgegenüber vorbehalten, auf dem Wege über die ordentlichen Gerichte und durch den Württ. Landtag die Frage der Entschädigungspflicht auszutragen. 6. Durch die Annahme der durch die Verhandlungskommission vorgeschlagenen Vereinbarung gilt der Generalstreik für beendet. Sobald die Regierung von der Annahme der Vereinbarung Kenntnis erhält, wird sie die Polizeiwehr aus den besetzten Betrieben zurückziehen, da mit der Annahme der Erklärung die Bürgschaft für Ruhe und Ordnung gewährleistet ist. Die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit beginnt am Montag, den 6. September, morgens zur gewöhnlichen Zeit, soweit nicht bestimmte Betriebe im allgemeinen Interesse früher mit ihrer Tätigkeit beginnen (Straßenbahn, Zeitungsdruckerei, städtische und staatliche Betriebe). Sind zur allgemeinen Arbeitsaufnahme am Montag in der Privatindustrie vorher einzelne Arbeiter oder Arbeitsgruppen nötig, so werden sie vom Arbeitgeber benachrichtigt werden. — Für die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim, die sich an den Beratungen nicht beteiligt hatte, werden am Freitag abend ebenfalls unter Mitwirkung der Regierung neue Verhandlungen geführt.

Das letzte Wort im Streik.

Die Vollversammlung der Betriebsräte Groß Stuttgarts stimmte am Samstag nachmittag den Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit überwiegender Mehrheit zu. Die Kommunisten erklärten sich dagegen und lehnten die Folgen für diesen Beschluß ab. Damit ist der Generalstreik für beendigt erklärt. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Verhandlungen müssen nur noch mit der Firma Daimler geführt werden.

Tages-Neuigkeiten.

Die Auseinandersetzung im Lager der Unabhängigen.

Berlin, 4. Sept. In der vorgestrigen Sitzung der Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei trat der Abg. Koenen vom linken Flügel für die Annahme der Moskauer Bedingungen ein, weil sie die Grundsätze der Partei ausdrückten. Abg. Kunert antwortete, daß es sich in den Moskauer Bedingungen nur um die Errichtung der Diktatur einer Bruderpartei über die anderen Parteien handle. Kurt Geyer verlangte die Blockade über Polen als Unterstützung für die Bolschewisten. Ein revolutionärer Ausbruch stehe auch für Deutschland unmittelbar bevor. Die Partei habe keinen Anlaß, vor dem Machtkampf, der ihr bevorstehe, zurückzuschrecken, bloß weil der Friedensvertrag von Versailles noch in Kraft sei. Man müsse Polen blockieren, auch wenn dadurch der Friedensvertrag verletzt würde. Abg. Ledebour wandte sich gegen die Leute, die ihn aus der Partei ausschließen wollten. Das einzige Vergehen, dessentwegen ein Ausschluß aus der Partei erfolgen könne, sei der Disziplinbruch im politischen und revolutionären Kampf. Diesen Disziplinbruch aber habe Däumig am 6. Januar 1919 in der entscheidenden revolutionären Lage begangen. Dieser Mann, der zu feige gewesen sei, seinen Mann zu stellen, und dem es im entscheidenden Augenblick an Mut und Verantwortlichkeitsgefühl gefehlt habe, wage es, seinen Ausschluß zu fordern. Ledebour kritisierte dann die Weise der Bolschewisten, die den Grundbesitz nicht sozialisiert, sondern zerschlagen hätten. Unter stürmischem Beifall erklärte er weiter, daß die Moskauer eine gefährliche antisozialistische Politik in ihrem eigenen Lager betrieben haben und deshalb nicht beanspruchen können, die Hauptleitung einer Internationale zu übernehmen oder anderen Leuten die Bedingungen des Revolutionskampfes vorzuschreiben.

Um Noske.

Berlin, 4. Sept. Zur Wolff-Meldung aus Kiel, daß die dortige sozialdemokratische Partei den Oberpräsidenten von Hannover, Noske, ausschließen wolle, schreibt der mehrheitssozialistische „Vorwärts": „In dieser Form kann die Nachricht unmöglich stimmen. Die Kieler Genossen wissen sehr gut, daß sie zwar einen Ausschlußantrag stellen können, aber nicht auf dem Parteitag, sondern beim Bezirksvorstand, in dessen Bezirk der Angeschuldigte organisiert ist. Die Organisationssatzung schreibt das Gerichtsverfahren genau vor. Im übrigen aber scheint uns der Ausschlußantrag an sich wenig angebracht. Man kann die Politik Noskes als Reichswehrminister für falsch halten, wie wir das selbst getan haben, aber daß man ihm ehrlose Handlungen oder bewußte Schädigungen der Parteiinteressen vorwerfen könnte, die die Organisationssatzung als Bedingung für den Ausschluß fordert, scheint uns doch sehr fraglich."

Dadegen schreibt die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen: „Früher ist von einzelnen Unzufriedenen die Ausschließung Noskes von der rechtssozialistischen Partei beantragt worden. Die Gesamtpartei hat dem Wunsch aber nicht stattgegeben. Sie fühlte sich so sehr als Noskes Partei, daß sie den Träger dieses Namens aus ihren Reihen nicht ausschließen wollte, und es ist kennzeichnend für das Wesen der rechtssozialistischen Partei, daß dieser neue Antrag nicht etwa wegen seiner, die Arbeiterklasse so sehr schädigenden Taten erfolgen sollte, sondern lediglich deshalb, weil sich viele Genossen durch sein Buch von ihm persönlich beleidigt fühlten. Wir hegen keinen Zweifel darüber, daß auch dieser Antrag keine Zustimmung finden wird, denn Noske, dem trotz allem, was hervorgegangen war, von seinen Parteifreunden noch das Amt eines Oberpräsidenten von Hannover übertragen wurde, ist noch eine zu wertvolle Stütze der rechtssozialistischen Partei, als daß sie sich seiner entledigen könnte."

Eine Beethoven-Münze.

Berlin, 4. Sept. Der „Berl. Lok.-Anz." meldet, daß die Stadtverordneten von Bonn, der Geburtsstadt Beethovens, beschlossen haben, zur Erinnerung an Beethovens 150. Geburtstag städt. Notgeld als Beethoven-Erinnerungsmünze auszugeben.

Deutschlands Kohlenverpflichtungen voll erfüllt!

Paris, 4. Sept. Die belgische Regierung gibt offiziell bekannt, daß Deutschland die ihm nach dem Abkommen von Spaa auferlegten Verpflichtungen bezüglich der Kohlenlieferungen voll erfüllt habe. Deutschland habe 180 000 Tonnen Kohle im Laufe des August nach Belgien zu senden gehabt, und diese Menge sei tatsächlich erreicht worden.

Kein Kohlenmangel mehr in Frankreich.

Basel, 4. Sept. Wie Havas meldet, sollen die deutschen Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet regelmäßig und in befriedigenden Mengen eintreffen. Ein Kohlenmangel in Frankreich bestehe daher augenblicklich nicht mehr. Im Falle eines englischen Kohlenarbeiterstreiks sei kein Grund zu Besorgnissen vorhanden, da Frankreich nicht mehr auf die englische Kohle angewiesen sei.

Präsidentschaftskandidat Harding über den Völkerbund.

Washington, 4. Sept. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding arbeitet eine Botschaft aus, in der er seine persönlichen und die Ansichten seiner Partei über die internationalen Fragen ausführlich darlegt. Er erklärt u. a.:

Amerika könne der Menschheit besser dienen, in dem es frei bleibe, als wenn es eine Minderhrit im Völkerbund werde. Seitdem er unter gewissen Vorhalten für den Völkerbundvertrag gestimmt habe, hätten sich die Verhältnisse geändert. Man stehe heute der Ohnmacht des Völkerbundes, Kriege zu verhindern, gegenüber. Wenn man sage, daß der Völkerbund ohne den Beitritt Amerikas bestehen könne, so bedeute das, daß die anderen Nationen Menschen, Geld und Munition verlangen zur Unterstützung des Völkerbundes, der nicht mehr als Friedensstelle, sondern als eine bewaffnete Macht betrachtet werde. Harding kommt dann auf die Aeußerung Lloyd Georges zu sprechen, wonach eine internationale Armee die idealste Lösung der polnischen Frage darstellen würde, die aber unmöglich sei, weil die europäischen Nationen keine Truppen stellen könnten, und Amerika seine Mitwirkung abgelehnt habe. Bezüglich des internationalen Gerichtshofs sagt Harding: Der Unterschied zwischen diesem

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gerichtshof und dem Völkerbundsrat bestehe darin, daß der erste bestimmten Gesetzen folge, während der Völkerbundsrat von den Vertretern der verschiedenen Staaten gebildet werde, die Mitglied des Völkerbunds sind. Im Haager Gerichtshof habe man ein wirksames Werkzeug zur Aufrechterhaltung des Friedens. Wenn es dem Gerichtshof an Zuständigkeiten mangle, könne man sie ihm geben. Wenn im Versailler Vertrag ein nützliches Werkzeug zu finden sei, so würden die Vereinigten Staaten es sich nehmen; und er, Harding, wolle aus beiden das Gute herausholen. Nach seiner Wahl wolle er eine Entschließung zur Annahme zu bringen suchen, die den Krieg als beendet erklärt und die während des Kriegs dem Präsidenten verliehenen Vollmachten aufhebt.

Das Programm der Brüsseler Finanzkonferenz.

Berlin, 6. Sept. Ueber die Finanzkonferenz, die in Brüssel auf den 24. September einberufen werden soll, wird nunmehr das Programm bekanntgegeben. Es enthält folgende Punkte:

1. Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der verschiedenen Staaten. Die Berichte sollen sich mit den Budgets der inneren Schuld im Geldsystem und dem Wechselkurs beschäftigen.

2. Untersuchung der fundamentalen Probleme der Finanzpolitik und Erörterung der öffentlichen Finanzfrage.

3. Resolution über die wichtigsten von der Konferenz angenommenen Schlußfolgerungen.

4. Behandlung der Vorschläge für die Wiederherstellung des internationalen Kredits, der Maßnahmen zur Förderung des internationalen Handels und Prüfung der Möglichkeit internationaler Anleihen.

Das Sekretariat des Völkerbundes ersuchte fünf hervorragende Wirtschaftsgelehrte um Gutachten, unter denen sich jedoch kein Deutscher befindet. Ihre gemeinsame Erklärung lautet:

„Es ist für Europa von der größten Wichtigkeit, daß Arbeit und Produktion wieder aufgenommen werden. Es ist ferner notwendig, die Inflation des Kredits und der Zahlungsmittel zu beenden. Zu diesem Zweck müssen die Ausgaben der Regierungen vermindert werden, ebenso die militärischen Ausgaben. Anleihen dürfen nicht für laufende Ausgaben verwandt werden. Die schwebende Schuld muß so rasch als möglich fundiert werden. Die Gewährung von internationalen Krediten hat zur Vorbedingung, daß ihnen eine bestimmte Form des Vorzugs gegeben wird. Sie sollen nur für Zwecke gebraucht werden, die eine sofortige Produktionsvermehrung zur Folge haben.

Es wird von der Wiederherstellung des wirklichen Friedens und normaler Verhältnisse im internationalen Handelsverkehr abhängen, ob die Länder, die für die Kredite in Betracht kommen, zur Erfüllung der genannten Bedingungen gelangen können."

„Wirtschaft, Horatio!

Die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 652 vom 3. September) schreibt u. a.: Die Forderung nach Vereinfachung des bürokratischen Apparats ist zu ungezählten Malen erhoben worden. Aber geschehen ist in dieser Hinsicht so gut wie nichts. Im Gegenteil, die Hypertrophie des Beamtenapparats wächst und wächst, und statt eines Abbaus sehen wir täglich neue Behörden entstehen, die nicht nur die Lasten, die der Steuerzahler nicht mehr aufzubringen vermag, sondern auch das Durcheinander und die Vielregiererei vergrößern. Allein die Betriebsverwaltung der Eisenbahnen erfordert im laufenden Jahre einen Zuschuß von 18—20 Milliarden Mk. Das ist fast so viel als die gesamten Anlagekosten des deutschen Staatsbahnnetzes betragen haben, und mehr vielleicht, als das deutsche Volk trotz schärfster Anziehung der Steuerschraube in diesem einen Jahre an Steuern und Abgaben aufzubringen vermag. Eine der Hauptursachen dieser verheerenden Defizitwirtschaft aber liegt darin, daß die Eisenbahnverwaltung weit über 100 000 überzählige Beamte und Angestellte beschäftigt, und nach der Erklärung, die Reichsminister Dr. Geßler gegeben hat, aus Furcht vor einem Streik es nicht wagt, diesem Zustand ein Ende zu machen. Bei der Post, im Ressort des Reichswehrministers und in der Zivilverwaltung sind die Verhältnisse nicht um ein Jota besser. Und am schlimmsten sind sie in den Kriegsgesellschaften, wo viele Tausende auf Kosten der Gesamtheit ein für sie ebenso bequemes, wie für den Staat kostspieliges und unnützes Dasein führen. Wie weit das geht, dafür gab jüngst der ehemalige Staatssekretär Dr. Müller im „Berliner Tageblatt" einige drastische Beispiele: „Die leitenden Stellen im Reichspostamt geben zu, daß diese Behörde rund 50 000 Beamte zu viel hat, für die rund 500 Millionen Mark jährlich an Gehältern erforderlich sind, während die von der gesamten Geschäftswelt als unerträgliche Belastung empfundene Erhöhung des Briefportos kaum 300 Millionen Mark einbringt. Die Militärbehörden beschäftigen noch immer etwa 65 000 Beamte mit der „Abwicklung" des alten Heeres und der Marine. Im Etat für 1920 sind dafür nicht weniger als 2½ Milliarden Mark ausgeworfen. 90 Prozent der in diesem Abwicklungsverfahren von Hand zu Hand wandernden Akten verdient nichts anderes als einen baldigen Flammentod. Bei einer Kriegsgesellschaft ergab eine Nachprüfung, daß Bestände im Wert von kaum 100 Millionen Mark verwertet, zu deren Verwaltung ein Apparat von 700 Angestellten, darunter 21 in leitender Stellung, vorhanden war. Hätte man die Verwertung der Bestände einem geschickten, branchekundigen Kaufmann überlassen, so würde er wahrscheinlich in einem halben Tag die Bestände verwertet und das Fortbestehen der Gesellschaft überflüssig gemacht haben." — Solche Zustände schreien zum Himmel, sagt die Frankf. Ztg., und eine Regierung, die nicht wagt, den Kampf aufzunehmen gegen die Schmarotzer und überflüssigen Kostgänger des Staates, verletzt ihre elementarsten Pflichten. Der Einwand, daß jeder Entlassene die Zahl der Arbeitslosen vermehre, ist keineswegs stichhaltig. Denn es handelt sich hier zum großen Teil um Leute, die in anderen Berufen verhältnismäßig leicht Unterkommen finden könnten. Banken, Rechtsanwälte, Geschäfte aller Branchen suchen vergeblich nach Bureaupersonal. Der Unabhängige Dittmann erzählt in seinen Berichten über Rußland, daß, wo früher 4 oder 5 Beamte gefaulenzt hätten, heute deren 60 oder 70 sich gegenseitig im Wege ständen." Es scheint, als ob wir in Deutschland von solch russischen Zuständen nicht allzu weit mehr entfernt seien.

Soweit die Frankfurter Zeitung, die wohl niemand im Verdacht reaktionärer Gesinnung haben wird.

Der „korrigierte" Reichspräsident.

Nach einer Meldung der Berliner „Vossischen Zeitung" sollte der Reichspräsident Ebert beim Empfang einer Abordnung der vereinigten Gewerkschaften von Freudenstadt gesagt haben, es würden augenblicklich Erwägungen angestellt, wonach jeder nach seinem vorjährigen Einkommen zur Einkommensteuer herangezogen werden würde. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß es sich hierbei um eine reine Privatäußerung des Reichspräsidenten handele, über deren genauen Inhalt noch keine Gewißheit vorliegt.

Zeppelin-Linie San Franzisko—Berlin?

Berlin, 2. Sept. Aus New-York wird der „Voss. Zeitung" berichtet: Die „World" gibt bekannt, daß zwei Zeppeline, die in Deutschland gebaut werden, bald fertiggestellt sein werden, um eine Luftlinie San Franzisko—Berlin zu errichten. Die Flugdauer betrage weniger als vier Tage, einschließlich Landungen in Paris, Neuyork und Chicago. Ein Luftschiff könne 30 Tonnen Passagiere und Fracht befördern. Die Fahrpreise seien etwas höher als diejenigen für Schiffahrts-Salonkajüte. Das Unternehmen soll von einem hervorragenden amerikanischen Kraftwagenfabrikanten sowie von der Hapag finanziert sein.

Die italienische und südslavische Regierung fordern die Auslieferung österreichischer Kriegsverbrecher.

Wien, 4. Sept. Wie die „Politische Korrespondenz" mitteilt, haben die italienische und die südslavische Regierung eine Auslieferungsliste der wegen Kriegsverbrechen Beschuldigten der Wiener Regierung vorgelegt. Die genaue Liste wird in nächster Zeit veröffentlicht werden. Die italienische Liste verzeichnet einige Unterseebootskommandanten, darunter befindet sich der bekannte Linienschiffs-Leutnant Trapp. Interessant ist es, daß unter den Admiralen der ungarische Reichsverweser Horty genannt ist. Die italienische Liste führt auch eine Reihe von Ueberwachungsoffizieren und Mannschaften der Kriegsgefangenenlager an, sowie auch führende Persönlichkeiten der Landarmee, so den Marschall Borefin, der inzwischen gestorben ist, und General Henriquez, der bei Kriegsausbruch Oberkommandeur der Balkanstreitkräfte war. Dieser und die Schwester Lissy Speßler werden beschuldigt, in Belgrad Pianos und Kunstgegenstände sich angeeignet zu haben.

Politische Vorgänge in Oesterreich.

Wien, 4. Sept. In einer Sitzung der christlich-sozialen Parteileitung wurde festgestellt, daß gegen die christlich soziale Partei Vorwürfe erhoben würden, als ob sie den Anschluß an Deutschland ablehne. Die Parteileitung legt, wie die christlich-soziale Korrespondenz meldet, schon jetzt gegen diese Vorwürfe nachdrücklichst Verwahrung ein. Sie wird ihren Standpunkt demnächst in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise bekunden.

Bisher 8 Millionen Mark Schadenersatzforderungen an Kattowitz.

Kattowitz, 4. Sept. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung war vom Magistrat mitgeteilt worden, daß bisher acht Millionen ℳ an Schadenersatzforderungen eingereicht sind, zu deren Zahlung die Stadt auf Grund des Tumultschädengesetzes verpflichtet ist.

Zusammenkunft zwischen Giolitti und Millerand.

Paris, 3. Sept. Nach einer Radiomeldung aus Rom ist nach einer amtlichen Mitteilung die Zusammenkunft zwischen Giolitti und Millerand in Aix-Les Bains auf den 12. Sept. festgesetzt worden.

Die Konferenz in Stresa.

Mailand, 4. Sept. Nach dem „Corriera della Sera" sind in Stresa die italienischen, deutschen und französischen Unterhändler für die Konferenz über die Deutschland zu gewährenden Lebensmittel eingetroffen. Die englischen Vertreter werden heute erwartet. Italien ist u. a. vertreten durch den Generalkommissar für Versorgung, Solari, Deutschland durch den Ernährungsminister Hermes.

Die syrische Lage.

Paris, 4. Sept. Nach einer Depesche aus Beirut ist seit der Abreise des Emirs Feisal die Lage in Syrien ruhiger geworden, namentlich südlich von Damaskus. Unter der Drohung der Beschießung durch Flieger haben sich die Lager feindlicher Beduinen aufgelöst.

Vorübergehende Unterbrechung der Verhandlungen in Minsk.

Warschau, 4. Sept. (Polnisches Pressebureau.) Die polnischen Bevollmächtigten in Minsk haben heute vormittag Minsk verlassen. Vor ihrer Abreise wurde ein Protokoll über die abgehaltenen Sitzungen unterzeichnet und eine offizielle Feststellung gemacht, daß die Verhandlungen nur vorübergehend wegen ihrer Verlegung unterbrochen worden sind.

Polnischer Heeresbericht.

Warschau, 4. Sept. An der Linie Suwalki—Modawa keine Veränderungen. Die Reiterarmee Budjennys sammelt sich unter dem Schutz frischer in den Kampf geworfener Artillerieabteilungen, die in der Gegend von Krubieszow durch heftige Gegenangriffe den Rückzug Budjennys aufzuhalten versuchten. Nach blutigen Kämpfen wurden diese Angriffe durch unsere Abteilungen zum Scheitern gebracht. Auf dem Südflügel nahmen unsere Truppen Bolz und erbeuteten dabei vier Maschinengewehre, 12 Munitionswagen und technisches Material. Oestlich Lemberg wurden unsere in der Linie Bug-Gniwa-Lipa stehenden Abteilungen, besonders in der

---

Stefan Schaible.

(Ein Lebensbild.)

Unter den Bürgern und Einwohnern der Stadt Nagold hat in den letzten 30 Jahren (1890—1920) kein Mann eine so bedeutende Stellung eingenommen, keiner eine so umfassende Rolle gespielt und keiner sich eines so großen und allgemeinen Ansehens erfreut als der Gemeinderat und Landtagsabgeordnete Stefan Schaible.

Es war so recht ein Mann des Volkes.

Hervorgegangen aus dem Volke, aus kleinen, bescheidenen Verhältnissen hat er sich mit eigener Kraft und Energie emporgerungen zu dem, was er später geworden ist in der Stadt und im Bezirk, im Geschäft und in dem Rate der Stadt und des Landes, im Handel und in der Politik.

Sein klarer Geist, der ihn weit über das Mittelmaß der Begabung hinaushob, ließ ihn auf Grund einer einfachen, aber gediegenen Volksschulbildung mit Hilfe eines eisernen Fleißes und einer seltenen Energie und Tatkraft die Mittel ergreifen und die Wege beschreiten, die ihn nicht nur auf die Höhe eines anerkannt tüchtigen Geschäftsmannes führten, der ein kleines Wollstrickgeschäft zu einem blühenden Fabrikbetrieb entfaltete, sondern auch zu bedeutungsvollen Stellungen unter seinen Mitbürgern und auf den verantwortungsreichen Posten eines Landtagsabgeordneten für seinen Amtsbezirk berufen.

Hellen klaren Blickes sah er die Verhältnisse und Umstände seiner Zeit und seiner Umgebung. Seinem Auge, das einen bewundernswerten Fern- und Weitblick sich erworben hat, entgingen aber auch die kleinen Verhältnisse seiner nächsten Kreise und seiner Zeit nicht.

Sein Urteil, das klar und bestimmt zu Tage trat, gründete sich ebensowohl auf einen scharfen, durchdringenden Verstand als auf reiche Erfahrungen, die er sich mit offenem Blick im Leben sammelte und bei Gelegenheit verwertete. Seine Energie und Tatkraft, die er in den Dienst seines auf hohe Ziele gerichteten Geistes stellte, galten nur dem Guten und Wahren und der Allgemeinheit in einem ganz besonderen Maße.

Das Verständnis, das er für das Volk und seine Bedürfnisse in jedem einzelnen Falle hatte und die liebevolle Teilnahme, die er seinen Mitmenschen entgegenbrachte, waren ein besonders schön ausgeprägter Zug seines Wesens.

Und mit diesen reichen Gaben des Geistes, des Gemüts u. des Willens verband sich das Götterzeschenk der Beredsamkeit und die Macht des fließenden, packenden Wortes.

So war er wie zum Volksmann geboren, berufen, der Berater und Führer seiner Mitbürger zu werden. Und sie haben auch bald seine großen Fähigkeiten und seinen edeln Charakter erkannt und sich zunutze gemacht. In jungen Jahren hat ihn das Vertrauen der Stadt auf das Rathaus berufen, wo er immer eine führende Rolle spielte und nach dem Tode des Stadtvorstandes lange dessen Geschäfte besorgte.

Bald aber lenkte der tüchtige, redegewandte und sich namentlich auch für das vaterländische Kriegswesen mächtig ins Zeug werfende Mann die Blicke des ganzen Bezirks auf sich. Und als es galt, einen neuen Volksboten für den Bezirk in die Hauptstadt zu entsenden, ging er als Kandidat der Konservativen mit großer Mehrheit aus der Wahl hervor und hat sich durch seine edle Kampfesweise und durch sein maßvolles Auftreten im Landtage auch die Achtung seiner Gegner erworben und das Vertrauen des Bezirks bis zu seinem Tode bewahrt.

In der Stadt selbst aber wuchs sein Ansehen und die Bedeutung seines Rates und Urteils von Jahr zu Jahr.

Es gab keinen Verein, den er nicht mit seinem Interesse belebte, keine Einrichtung für Gewerbe und Handel, die er nicht mit seinem Geiste und seinen Erfahrungen befruchtete und bereicherte oder in denen er nicht führende und leitende Stellungen einnahm. Ich erinnere nur an den Militär- und Veteranen- und an den Kriegerverein, an den Turnverein, Vereinigungen, die ihm als alten Soldaten und früheren Unteroffizier oder gar Vizefeldwebel noch ans Herz gewachsen waren, an den Gewerbeverein, an die Gewerbebank, deren Vorstand im Aufsichtsrat er war, und an den Lieder- und Sängerkranz.

Für alles, was zur Verschönerung und Bereicherung des Lebens, zur Entfaltung der menschlichen Kräfte und Anlagen, zur Erleichterung und Verbesserung von Gewerbe u. Handel dient, hatte er einen offenen Sinn und ein warmes Herz.

Tausende haben bei ihm Rats sich erholt und Rat und Hilfe gefunden. Es war ihm kein Gang zu weit und keine Behörde zu hoch, an deren Türe er nicht für andere und meist mit Erfolg, insbesondere in der Kriegszeit, angeklopft hätte.

Das war lebendiges, tatkräftiges Christentum, das er an den Tag legte. Vom frömmelnden Christentum war er kein Freund. Aber seine Kirche hat er geliebt und besucht. Er hat in Zeiten der Krankheit, die oft und viel auch bei ihm in Form von schmerzhaftem Gliederweh und Gichtleiden einkehrte, die Kraft und Macht des göttlichen Wortes an sich erfahren.

Was ihn aber noch besonders auszeichnete und lieb und wert machte, das war seine Einfachheit und Bescheidenheit, mit der er am liebsten unter seinen alten Freunden und Bekannten verkehrte. Stolz und Einbildung im schlechten Sinn kannte er nicht. Umsomehr fand man Liebe und Freundschaft bei ihm. Und auch die, die anders als er politisch dachten und standen, zog er in seinen Freundeskreis, wo sie sich ihm erschlossen; denn er war nicht kleinlich und engherzig, dazu war er zu groß im Geist und zu edel in der Gesinnung.

Die Stadt und der Bezirk Nagold aber werden den Namen Stefan Schaible mit goldenen Lettern in die Blätter ihrer Geschichte eintragen und ihm ehrendes Andenken für immer bewahren.

G. H. Kläger.

Wir beendigen hiemit die Ausführungen über Nagolds Vergangenheit von G. H. Kläger und hoffen, daß diese auch unter den nicht alteingesessenen Bürgern reges Interesse hervorgerufen haben.

Ein Brief.

Von Berthold Viertel.

Geliebter, deine Kühle
Weht aus der Ferne her.
Geliebter, und ich fühle,
Du liebst nicht mehr.

Geliebter, und die Züge
Deines Angesichts
Zerfließen, eine Lüge,
In ein Nichts.

Und ob ich mich auch quäle,
Ich weiß deinen Mund nicht mehr.
Geliebter meine Seele
Wird wieder leer.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gegend von Bust, mehrfach heftig angegriffen. Doch wurden diese Angriffe mit Hilfe von Tanks zum Scheitern gebracht. Längs des Dnjesters beiderseitige Erkundungstätigkeit.

Kleine Nachrichten.

Sturz des Postflugzeugs Amsterdam—Hamburg. „Algemeen Handelsblad" meldet aus Oldenzaal: Das Postflugzeug Amsterdam—Hamburg wurde beim Niedergehen auf den hiesigen Flugplatz schwer beschädigt. Die Postsachen wurden per D-Zug nach Deutschland weiterbefördert.

Einbruch der Sinnfeiner. Nach einer Londoner Meldung haben die Sinn-Feiner, wie nachträglich bekannt wird, am vergangenen Sonnabend im Hauptquartier des militärischen Luftfahrdienstes in Baldonell bei Dublin einen Geldschrank erbrochen und eine Anzahl wichtiger militärischer Schriftstücke, darunter die Operationsbefehle, die sich auf die Zusammenarbeit zwischen Heer, Flotte, Luftfahrdienst und irischer Polizei beziehen, ferner den Heeres Code und den Schiffahrtsschlüssel, die gegenwärtig im Gebrauch sind, geraubt. Ferner wurden Munition und eine Anzahl Feldstecher und Revolver mitgenommen.

Millionendiebstahl. Einbrecher haben in der letzten Nacht in den Sicherheitsgewölben des Verwaltungsgebäudes der Vulkanwerft in Stettin mit Sauerstoffgebläsen 4 eiserne Türen zerstört und aus den Gewölben über 1½ Millionen Mark geraubt, die heute zur Lohnzahlung dienen sollten. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Vermischtes.

— **Der Prinz auf dem Spaziergange.** Der Bruder des Exkaisers Karl von Oesterreich, der frühere Erzherzog Max, der gegenwärtig in Bern eine Villa in unmittelbarer Nähe des schweizerischen Lehrerinnenheims bewohnt, kam kürzlich auf einem Spaziergang an dem Heim vorbei, als ihm der Wächterhund des Heims mit wildem Gebell zwischen die Beine fuhr. Während er damit beschäftigt war, sich des Hundes zu erwehren, erscholl aus dem Garten eine weibliche Stimme, die in unverfälschtem wienerischen Dialekt rief: „Prinz, halts Maul!" Der Erzherzog und seine Begleiter glaubten natürlich nicht's anderes, als daß eine frühere Untertanin der Habsburger die willkommene Gelegenheit benutze, um in nicht eben feiner Weise ihr Mütchen an einem Mitgliede des ehemaligen Kaiserhauses zu kühlen. Das Mißverständnis wurde aber bald beseitigt, die Ruferin, eine im Heim wohnende Lehrerin, kam aus dem Garten und erklärte den Herren: „Ich habe den Hund, der Prinz heißt, nur zur Ruhe bringen wollen". Der Aerger löste sich denn auch in Heiterkeit auf, und der frühere Erzherzog versäumt seitdem nie, wenn ihn sein Weg an dem Lehrerinnenheim vorbeiführt, sich nach dem Befinden des „Prinzen" zu erkundigen.

Graf Luckner als Preisboxer. Man schreibt uns: Durch die Presse ging vor einigen Tagen die Nachricht, daß Graf Luckner, der ruhmreiche Kommandant des Hilfskreuzers „Seeadler", bei einem Ueberfalle, den zwei mit Pistolen Bewaffnete auf den harmlos aus dem Jachtklub in Kiel Heimkehrenden verübten, beide Burschen außer Gefecht setzte und der Polizei übergab. Hätten die Räuber geahnt, daß die harte Schule des Lebens den Grafen einst in Australien gezwungen hatte, sich als Preisboxer auszubilden, so hätten sie sich wohl nicht an ihm vergriffen. Graf Luckner entlief mit 14 Jahren dem Gymnasium und erlebte jahrelang als Schiffsjunge und Matrose die abenteuerlichsten Schicksale. Wie wir hören, wird sein Werdegang demnächst in Buchform bei K. F. Koehler, Verlag, Leipzig erscheinen.

— **Eine Urgroßmutter.** Ein in diesen Tagen in Remlingen zur Welt gekommener Erdenbürger hat das seltene Glück, noch eine Urgroßmutter zu besitzen. Sie ist die im 96. Lebensjahre stehende Landwirts- und Metzgerswitwe Barbara Schwab, geb. Kachel. Seit 30 Jahren verwitwet — ihr Mann starb 68 Jahre alt —, ist sie erst in den letzten zwei Jahren sehr häufig bettlägerig geworden, ohne jedoch besonders leidend zu sein. Nebenbei sei noch bemerkt, daß sich der kleine Junge außer seiner Eltern auch zweier Großelternpaare und eines Urgroßelternpaares erfreut.

— **Aus der Hunnenzeit.** In einer Thüringer Gemeinde befindet sich an einer alten Kirche in einem Stein ein Pfeil welcher noch aus der Hunnenzeit stammen soll. Dieses seltene Vorkommnis erfuhr das Germanische Museum in Nürnberg und der damalige Direktor fuhr darauf zum Ankauf dieses Steines nach Thüringen. Es war gerade ein paar Tage vor dem Vogelschießen dieses Ortes, als der Direktor ankam. Er ging zum Schulzen des Ortes, stellt sich vor mit den Worten: „Mein Name ist X. X., Direktor vom Germanischen Museum", worauf er seitens des Schulzen mit den Worten unterbrochen wurde: „Mer hamm schune zwee Schießbuden und zwee Karussels, mer könne mit dem besten Willen kee Museum mehr brauchen."

— **Bolschewistische Erziehungsmethoden.** Die russischen Bolschewiken sind auf nichts so stolz, wie auf das von ihnen eingeführte pädagogische Erziehungssystem. Seinem Ausbau haben sich insbesondere der Volksbeauftragte Lunazarski und Frau Lenin gewidmet. Nach ihrer Erklärung soll die neue Schule „Vollmenschen" heranbilden, die fähig zur körperlichen und geistigen Arbeit und berufen sind, ein vernunftgemäßes soziales Leben zu führen, das von Tätigkeit, Schönheit und Lebensfreude erfüllt ist.

Frau Lenin unterscheidet vier verschiedene Stufen des Unterrichts: den Kindergarten bis zum siebenten Lebensjahr, in dem „jeder frei und unter leichter Führung sein Sinnenleben entwickelt", die Anfangsschule bis zum zwölften Jahr, die dem Kinde die „Freude an der schaffenden Arbeit in der Gemeinschaft" zur Erkenntnis bringen soll, die höhere Schule bis zum sechzehnten Jahr, wo man sich die Kenntnis zur sozialen Umwelt erwirbt und den Grund zu einer gefestigten Weltanschauung legt, und endlich die Hochschule, die das „Gefühl der freien und nützlichen Arbeit im Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Gemeinschaft" entwickeln soll. Frau Lenin ist überzeugte Parteigängerin des Systems der Selbstregierung der Kinder. Die Zöglinge beaufsichtigen sich selbst, haben ihre kleinen Sowjets, halten Versammlungen ab und verteilen Aufgaben und Arbeitsleistungen selbständig. In Jasnaja Poljana, dem bekannten Gut Tolstois, ist eine Kinderrepublik gegründet worden. Hunderte von Kindern bebauen hier auf eigene Rechnung die Felder. Große Kinderlager sind auch auf den alten Landsitzen der Aristokraten errichtet worden, wo 123 000 Kinder Unterkunft gefunden haben.

— **Zugentgleisung.** Nach einer Havas-Meldung aus Orleans ist der mittags von Paris nach Orleans abgehende Zug bei Aubrala entgleist. Eine Person wurde getötet, drei wurden schwer und mehrere leicht verletzt.

— **Katzenschritt — der neueste Tanz.** Die Tage des Foxtrott und des Jazz sind gezählt, wenn wir der Vorhersage der amerikanischen Tanzmeister glauben wollen, die auf ihrer letzten Versammlung in Newyork einen neuen Tanz, den „Katzenschritt", unter allgemeinem Jubel aus der Taufe hoben. Der „Catstep" wird zu einer Polonäsen-Musik in würdiger und langsamer Form getanzt und soll in moralischer wie in künstlerischer Hinsicht völlig einwandfrei sein.

— **Der ungeratene Schwiegersohn.** Die amerikanischen Blätter bringen zurzeit wie es eben während einer Wahlkampagne üblich ist, allerlei Anekdoten über die Kandidaten für die Präsidentschaft der Union. Eine der besten wird aus dem Leben des Erkorenen des Republikaners Harding erzählt. Vor längerer Zeit kam ein Herr aus Marion im nördlichen Ohio, wo Harding seit Jahrzehnten als Herausgeber des Tagblatt „Star" niedergelassen ist, auf eine Bank nach Lancaster im nördlichen Teil dieses Staates. Der Direktor begrüßte ihn, und da er gerne mit den Kunden ein wenig plauderte, so ließ er sich auch mit diesem ihm vorerst noch Fremden in ein Gespräch ein. „So, Sie sind aus Marion" meinte der Direktor. „Ich kannte dort nur eine Familie — die Familie Kling, die reichsten Leute in der Stadt. Wie ich höre, hat es den alten Kling stark mitgenommen, weil ihm seine Tochter, auf die er sehr stolz war, mit einem Zeitungskerl durchgegangen ist — Zeitungsmenschen sind ja immer auf dem Hund. Es nimmt mich wunder, ob Sie den alten Kling nicht kennen?" — „O doch," sagte Harding lächelnd, „ich habe seine Tochter geheiratet."

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 6. September.

* **Erklärung des Evang. Volksbunds.** Vom Evang. Volksbund für Württemberg geht uns folgende Erklärung zur Lage zu:

„Die Streiktage sind vorüber. Zu schweren Zusammenstößen ist es glücklicherweise nicht gekommen. Nun aber sollen weder durch Ueberhebung und Schadenfreude, noch durch Haß und Verbitterung die Gegensätze in unserem Volk aufs neue gesteigert werden. Wir bitten unsere Volksgenossen alles zu tun, daß die für das Wohl des Ganzen unentbehrliche Gemeinschaft gestärkt werde und allerorts die Arbeit ihren gedeihlichen Fortgang nehme. Nur wenn jeder auch in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen sich in den anderen hineindenkt, der Arbeitgeber in den Arbeitnehmer, wie der Arbeitnehmer in den Arbeitgeber, wird der notwendige Ausgleich und die vertrauensvolle Verständigung gefunden werden. Und nur wenn jeder in seinem Teil bereit ist, Opfer zu bringen und an den drückenden gemeinsamen Lasten mitzutragen, ist Bestand und Zukunft unseres Volkes gewährleistet.

* **Aufhebung der Zwangswirtschaft von Kartoffeln.** Der Reichsanzeiger veröffentlicht unter dem 24. August 1920 die Verordnung über die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft. Die Bekanntmachung lautet: Nachdem der von den Bedarfsstellen angemeldete Bedarf an Herbstkartoffeln durch Lieferungsverträge in Gemäßheit der Verordnung über die Versorgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 sichergestellt ist, wird von einer weiteren Heranziehung der Herbstkartoffelernte für die öffentliche Bewirtschaftung abgesehen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann das Verarbeiten von Kartoffeln in Brennereien und Stärkefabriken verbieten oder beschränken; er bestimmt, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen Kartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknereien und der Kartoffelstärkefabriken zur Herstellung gewerblicher Erzeugnisse verwandt werden dürfen.

* **Zuzug von auswärtigen Arbeitskräften in das westdeutsche Industriegebiet.** Wie dem Württ. Landesamt für Arbeitsvermittlung von zuständiger Seite bekannt gegeben wird, kommt es häufig vor, daß in das Industrie- und Bergbaugebiet Rheinlands und Westfalens auswärtige Arbeitslose zureisen, um dort Arbeit zu suchen. Da es aber auch im westdeutschen Industriegebiet fast durchweg an jeder Arbeitsgelegenheit fehlt, müssen zureisende Arbeitslose vielfach unter Zuhilfenahme der Armenfürsorge, nach ihrem Abreiseort zurückgeschickt werden. Es kann daher nicht dringend genug vor einer voreiligen Zureise gewarnt werden. Auf alle Fälle sollten vor beabsichtigter Ausreise Erkundigungen bei den zuständigen Arbeitsämtern eingezogen werden, die das Württ. Landesamt für Arbeitsvermittlung über die jeweilige Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf dem Laufenden hält.

* **Außer Dienst gesetzte Postwertzeichen.** Postwertzeichen zu 2, 3½ 3 und 7½ ₰, die sich noch in den Händen des Publikum befinden, können nach wie vor bis zu ihrem Aufbrauch zum Ergänzen der Freigebühr von Postkarten mit eingedrucktem Wertstempel zu 7½ ₰ benutzt werden. Die Frist, bis zu der hierfür nicht benutzte Marken dieser Art an den Postschaltern gegen andere Wertzeichen — ohne Erlegung einer besonderen Gebühr — umgetauscht werden dürfen, wird bis zum 15. September verlängert. Nach dem 15 September verlieren die genannten Marken ihre Gültigkeit, soweit sie nicht als Zusatzgebühr bei Postkarten mit eingedrucktem Wertstempel zu 7½ ₰ verwendet werden.

* **Vom Petroleumhandel.** Gegenwärtig herrscht auf dem gesamten Petroleummarkt Kampfzustand. Namentlich sind es englische und französische Kapitalisten, die in regem Wettbewerb mit Amerika Petroleumgebiete in ihre Hand zu bekommen suchen. Diese Bestrebungen interessieren naturgemäß auch den deutschen Petroleummarkt, umsomehr als bei den geringen eigenen Quellen Deutschland für seine Versorgung fast ausschließlich auf das Ausland angewiesen ist. In Rumänien ist Deutschland gegenwärtig nahezu ausgeschaltet, und englische, namentlich aber französische Kapitalisten beherrschen dort die Lage. Frankreich nützt seinen Einfluß derart aus, daß die eigene Versorgung Rumäniens aufs schwerste gefährdet ist. Diesen Zuständen tritt neuerdings die rumänische Regierung mit einem großzügigen Plan entgegen, indem sie durch einen Regierungserlaß die gesamte Erdölerzeugung des Landes unter staatliche Aufsicht stellt und sämtliche Verkehrsmittel und Lageranlagen beschlagnahmt hat. Der Staat aber übt seine Rechte nicht selbst aus, sondern hat diese einer Gesellschaft, der „Industria Romana de Petro", übertragen, die mit einem Kapital von 100 Millionen Lei arbeitet.

* **Abbruch der württembergischen Flugzeughallen.** Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Nach dem gegenwärtigen Stand der auf Grund des Abkommens von Spaa zurzeit stattfindenden Verhandlungen mit der interalliierten Luftfahrüberwachungskommission muß damit gerechnet werden, daß diese Flugzeughallen in Böblingen und Darmstadt bei Ulm nunmehr von der Wiedergutmachungskommission auf den Abbruch verkauft werden. Interessenten können sich an die Wiedergutmachungskommission, Berlin, Königgrätzerstraße 30 oder an das Reichsschatzministerium, Berlin W 10 Viktoriastraße 34 wenden.

M. **Altensteig,** 6. Sept. Am gestrigen Sonntag fand hier im Gasthof z. Traube eine Vollversammlung der Freien Schuhmacher-Innung des OA.-Bezirks Nagold statt. Obermeister Dürrschnabel-Altensteig begrüßte die allerdings schwach besuchte Versammlung. Zu Beginn der Versammlung wurden zuerst die restlichen Vierteljahrsbeiträge durch Schriftführer Müller Nagold und die Gebühren für die Fachzeitung durch K. Maier-Altensteig erhoben. Nach Erledigung dieser geschäftlichen Innungs-Angelegenheiten gab Obermstr. Dürrschnabel-Altensteig einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen bei der Landesversammlung in Reutlingen. Es wurden bei dieser hauptsächlich auch die Berichte, die in letzter Zeit häufig in den Zeitungen erschienen, und nur dazu dienten die Bevölkerung irrig zu machen und dem Schuhmacherhandwerk einen schweren Standpunkt gegenüber dem Publikum verschafften, vorworfen. Es soll deshalb in Zukunft ein Weg zur Verständigung zwischen Presse und Schuhmacherhandwerk gefunden werden, um diesem Uebel abzuhelfen. Es wurden noch verschiedene Punkte gestreift über Lehrlingswesen und Organisation. Betont wurde, daß es heute notwendiger ist denn je Zusammenzuhalten und Zusammenzuarbeiten um der Preisstemplerei u. Pfuscherei, die sogar innerhalb der Innung getrieben werde, abzuhelfen. Den Mitgliedern wurde dringend ans Herz gelegt die in der Preisliste verzeichneten Preise genau einzuhalten, da dieselben so nieder wie irgend möglich gehalten sind und der Preisprüfungsstelle Stuttgart vorgelegt wurden.

Aus dem übrigen Württemberg.

r **Calw,** 4. Sept. Der Taxpreis für das städtische Holz das vor einiger Zeit verkauft wurde, beträgt 54 938 ℳ, der tatsächliche Kaufpreis 151 000 ℳ. Das Holz kommt an Sägwerksbesitzer Bürkle-Pforzheim. Die hiesigen Säger hatten ein Angebot von 200% des Taxpreises gemacht. Bürkle bot 275%. Der Gemeinderat hat trotz zahlreicher Eingaben den Verkauf genehmigt.

r **Freudenstadt,** 4. Septbr. Der Gemeinderat beschloß die Erstellung von drei weiteren Doppelwohnhäusern mit einem Kostenaufwand von je 83 800 ℳ in der Erzbergstraße.

r **Rosenfeld** OA. Sulz, 3. Sept. Der Heimattag, der hier in Verbindung mit den Volksbildungskursen ins Leben gerufen wurde, wurde zu einem Volks- und Kinderfest der ganzen Umgegend. Stadtschultheiß Funk hielt eine Ansprache, Gesangvereine und Kirchenchöre trugen Lieder vor, die Jugend hatte ein Fußball-Wettspiel, im Schulhaus gab es eine Gemäldeausstellung und die Kinder erhielten Brezeln und Würste.

r **Württemberg und Vorarlberg.** Wie verlautet, sind dieser Tage Kompensationen zwischen Württemberg und Vorarlberg zum Abschluß gekommen. Darnach hat sich Vorarlberg verpflichtet, im Herbst 1000 Stück Vieh nach Württemberg zu liefern, wogegen Vorarlberg aus Württemberg Kartoffeln erhält, von denen 400 Waggons bereits fest zugesagt sein sollen. Der gesamte Kartoffelbedarf Vorarlbergs wird auf 700 Waggons geschätzt.

r **Gmünd 3. Sept.** Durch Beschluß des Gemeinderats werden die 50 Pfg.-Notgeldscheine auf 1. Oktober 1920 eingezogen.

r **Ulm,** 4. Sept. Nach 8tägiger Verhandlung fällte die hiesige Ferienstrafkammer in dem Prozeß gegen die Teilnehmer an den im Oberamt und Rathaus am 22. Juni d. J. begangenen Gewalttaten folgendes Urteil: 21 Angeklagte wurden freigesprochen, 27 dagegen zu Gefängnisstrafen von 6 Wochen bis zu 10 Monaten verurteilt. Im einzelnen erhielten wegen erschwerten einfachen Aufruhrs unter erschwerten Hausfriedensbruchs bezw. Landfriedensbruchs der 16jährige Elektrotechnikerlehrling Rudolf Eberle 4 Monate, der 45 Jahre alte Maler Josef Holzner 8 Monate, die Angeklagten Gottfried Fischer, Johann Binder, Josef Binanzer und Xaver Ruoß je 7 Monate, Emil Nickel, Karl Kumpf, Fritz Battran und Gottlob Müller je 6 Monate, Franz Winkler 3 Monate, Karl Eberle 2½ Monate und Robert Schmid 2 Monate Gefängnis. Ferner wegen einfachen Aufruhrs und einfachen Landfriedensbruchs Leonhard Schneider 10 Monate, Johann Georg Ott und Albrecht Arnold je 8 Monate, Simon Schmotz und Friedrich Schmotz je 7 Monate, Hans Otto, Joh. Pfeiffer und Karl Lohrmann je 6 Monate, Otto Botzenhardt 1 Monat, Albert Sieder, Kaspar Bochtler und Johann Kißling je 6 Wochen Gefängnis. Die Verurteilten sind meist Leute von 16—23 Jahren. — Am Montag beginnt der Prozeß gegen 11 Angeklagte vor dem hiesigen Schwurgericht, es sind dies die Hauptschuldigen.

Letzte Nachrichten.

Ablehnung des Generalstreiks in Frankfurt.

Frankfurt, 6. Sept. Hier ist vollständige Ruhe eingetreten. Der Generalstrrik wurde abgelehnt. Es wird überall gearbeitet. Von den bei den Zusammenstößen Verletzten ist noch einer gestorben, so daß die Zahl der Toten sich auf 6 erhöht.

Eintreffen unserer Kriegsgefangenen aus Japan.

Hamburg, 6. Sept. Die Dienststelle der Admiralität teilt mit, daß der japanische Dampfer „Hudson-Maru" mit deutschen Kriegsgefangenen am 2. September um 3 Uhr morgens die französische Insel Ouessent passierte und voraussichtlich am 6. Sept. in Brunsbüttel eintrifft.

Deutsche Erklärung zur Ehrenbezeugung vor dem franz. Konsulat in Breslau!

Berlin, 5 Sept. Aus Anlaß der französischen Forderung, daß bei der Eröffnung des französischen Konsulats in Breslau eine militärische Ehrenbezeugung stattzufinden habe, wird eine halbamtliche Erklärung an die Reichswehr und die Bevölkerung gerichtet, in der es heißt: Die Reichsregierung vertraut auf den Gehorsam und das Pflichtbewußtsein der Truppe, die auf Grund ihres Eides verpflichtet ist, die Befehle der Regierung auszuführen. Es sei Pflicht der Bevölkerung, der Truppe nach besten Kräften die Erfüllung einer Aufgabe zu erleichtern, die sie mit Selbstverleugnung auf sich nehmen wolle.

König Konstantin beteiligt an dem Attentat auf Venizelos?

Paris, 6. Sept. Wie der „Temps" aus Athen meldet, berichten dortige Blätter, daß die griechische Regierung von der schweizerischen Regierung die Ausweisung des Königs Konstantin verlangen werde, dessen Beteiligung an dem Attentat auf Venizelos und an der in Athen entdeckten Verschwörung durch eine Untersuchung festgestellt sein soll.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Drei Weißbücher über Oberschlesien.

Berlin, 6. Sept. Die Reichsregierung wird drei Weißbücher über Oberschlesien herausgeben. Das erste wird eine authentische Schilderung aller von den Aufständischen verübten Gewaltaten und Morde enthalten. Das zweite wird Beweise dafür erbringen, daß ein Teil der in Oberschlesien verwendeten interalliierten Truppen es nicht nur unterlassen hat, gegen die Aufständischen einzuschreiten, sondern daß sogar an einigen Stellen von der Truppe offen für die polnischen Banden Partei genommen worden ist. Das dritte Weißbuch wird sich mit den Vorbereitungen beschäftigen, die polnischerseits für die Organisation des Aufstandes getroffen wurden. Das Weißbuch wird sich im wesentlichen auf polnisches Material stützen, das durch die Wachsamkeit unerschrockener deutscher Zollbeamter einem widerrechtlich die Grenze überschreitenden Kurier Korfantys abgenommen worden ist.

Konferenzen über Konferenzen.

Rotterdam, 6. Sept. Der Völkerbund bereitet nach einer Meldung aus London eine Konferenz vor, die den Zweck hat, die Schwierigkeiten, die dem internationalen Reiseverkehr durch die Bestimmungen über Pässe, Visa und andere Formalitäten erwachsen, nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Konferenz wird im Januar in Barcelona zusammenkommen. Der vorläufige Ausschuß für internationale Verbindungen in Paris, hat auf Ersuchen des Völkerbundsrates die Untersuchung der Frage in Angriff genommen. Ein Untersuchungsausschuß kommt am 5. Oktober zusammen, in dem die europäischen Vertreter des Völkerbundes vertreten sein werden. Die deutsche, österreichische, bulgarische und ungarische Regierung werden eingeladen werden, Vertreter zu entsenden.

Zur Bekämpfung der Typhusepidemie.

London, 5. Sept. Balfour hat im Auftrag des Völkerbundes einen vorläufigen Kredit von 250 000 Pfd. Sterling angefordert zur Bekämpfung der Typhusepidemie in Polen und Galizien.

Der litauische Vormarsch.

Königsberg, 6. Sept. Am 3. September wurde polnische Kavallerie von litauischer Infanterie und Artillerie zurückgeworfen und Suwalki von den Litauern besetzt. Die Litauer setzen ihren Vormarsch fort. Oestlich von Brest-Litowsk örtliche Kämpfe. Die Armee Budiennus zieht sich nach einem vergeblichen Entlastungsstoß weiter zurück. Oestlich von Lemberg örtlicher bolschewistischer Gegenangriff.

Festbankette zur Erinnerung an die Marneschlacht.

Paris, 6. Sept. Nach einer Meldung des „Temps" wohnte Ministerpräsident Millerand gestern einem zur Erinnerung an die Marneschlacht veranstalteten Festbankett in Mainz bei und begab sich dann in Begleitung des Marschall Foch im Sonderzug nach Metz.

Die Besetzung des Hafens von Genua.

Paris, 6. Sept. „Temps" meldet, daß bolschewistische Schiffer in Genua sich der Handelsschiffe bemächtigt u. gedroht haben, alle Kriegsschiffe zu beschießen, falls sie versuchen sollten, in den Hafen einzulaufen.

Proklamation des Staates Groß-Libanon.

Beiruth, 6. Sept. Am 1. September ist von General Gourand der Staat Groß Libanon proklamiert worden. Der Sitz der neuen Regierung soll Beiruth sein. Die Nationalflagge zeigt die französischen Farben mit einer Feder im weißen Streifen.

100 Millionen Dollars französische Anleihe.

Paris, 6. Sept. Nach einer Meldung der Information aus Newyork ist die französische Anleihe von 100 Millionen Dollars zum Abschluß gekommen.

Der französische Kater.

Paris, 6. Sept. (Agence Havas.) Der belgische Ministerpräsident de la Croix ist mit Millerand in Versailles zusammengetroffen. Die beiden Ministerpräsidenten besprachen die aktuellen, beide Länder berührenden politischen Fragen. Sie konnten mit Genugtuung ihre Uebereinstimmung feststellen, sowohl hinsichtlich der militärischen und wirtschaftlichen Fragen, wie bezüglich der Grundsätze, die in ihrer Haltung zum russisch-polnischen Konflikt walten sollen.

Höhepunkt der italienischen Metallarbeiterbewegung.

Mailand, 6. Sept. Die Bewegung der Metallarbeiter hat ihren Höhepunkt erreicht. Weitere Fabrikbetriebe wurden besetzt. In Terni haben 2000 Arbeiter die bedeutenden Stahlwerke dieser Stadt besetzt. Wie der Secolo meldet, ist die Regierung entschlossen, sich in diesem Konflikt neutral zu verhalten.

Scheiterung eines französischen Dampfers.

London, 6. Sept. Der französische Dampfer „Camorannes" mit 700 Soldaten und 6000 Tonnen Ladung an Bord ist auf der Höhe des Leuchtturms Horsbury gescheitert. Man ist jetzt damit beschäftigt, die Soldaten und die Ladung auf den französischen Dampfer „General Gallieni" hinüber zu schaffen.

Für die Schriftleitung verantwortlich Friedrich Wilhelm Schmidt, Nagold. Druck und Verlag der G. W. Zaiserschen Buchdruckerei (Karl Zaiser), Nagold.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Nagold.

Gemeinde Wildberg.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche!

Die **Maul- und Klauenseuche** ist in 5 Gehöften in **Wildberg** ausgebrochen

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 bis 192 der Min.Verfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (R.Bl. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

A. **Sperrbezirk:** Die Gemeinde Wildberg mit Markung.

Im Hinblick auf den Stand der Feldgeschäfte wird jedoch gestattet, daß Klauenvieh der **nichtverseuchten** Gehöfte zur Arbeit verwendet werden darf, soweit nicht einzelne dieser Gehöfte als besonders gefährdet bezeichnet sind.

B. **Beobachtungsgebiet:** Effringen, Schönbronn u. Sulz.

C. In **den Umkreis von 15 km** um den Seuchenort werden einbezogen: sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks mit Ausnahme von Enztal, Fünfbronn, Simmersfeld, Ober- und Untertalheim,

und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:

1. im **Oberamt Calw:** sämtliche Gemeinden mit Ausnahme von Bergorte, Dennjächt, Liebenzell, Monakam, Unterhaugstett, Unterreichenbach.
2. im **Oberamt Herrenberg:** sämtliche Gemeinden mit Ausnahme von Breitenholz, Entringen, Hildrizhausen, Oberndorf, Pfäffingen, Poltringen und Unterjesingen.
3. im **Oberamt Böblingen:** Aidlingen, Dätzingen, Darmsheim, Deufringen, Döffingen, Ehningen, Schafhausen.
4. im **Oberamt Rottenburg:** Ergenzingen, Hailfingen und Seebronn.
5. im **Oberamt Horb:** Baisingen, Göttelfingen, Gündringen, Hochdorf und Vollmaringen.

Im übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie bei dem Seuchenfall in Emmingen.

Nagold, den 4. Sept. 1920. Oberamt:
J. V.: Oberfekr. Lutz.
895

Oberamt Nagold. 894

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist in **Gültlingen** erneut ausgebrochen und zwar in den Gehöften der **Gottlieb Schneider,** Zimmermanns Ww. und des **Jakob Friedrich Schneider,** Zimmermanns. Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 — 192 der Min. Verfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (R. Bl. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

A. **Sperrbezirk:** Die Gemeinde Gültlingen mit Markung. Im Hinblick auf den Stand der Feldgeschäfte wird jedoch gestattet, daß Klauenvieh der **nichtverseuchten** Gehöfte zur Arbeit verwendet werden darf, soweit nicht einzelne dieser Gehöfte als besonders gefährdet bezeichnet sind.

B. **Beobachtungsgebiet:**
Vom Bezirk Nagold: Sulz
Calw: Deckenpfronn und Holzbronn.

In den **Umkreis von 15 Km.** um den Seuchenort werden die gleichen Gemeinden einbezogen wie bei dem Seuchenfall im Juli ds. Js., s. Gesellschafter Nro. 158 Im übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie bei dem Seuchenfall in Emmingen.

Nagold, den 4. Sept. 1920. Oberamt:
J. V.: Oberfekr. Lutz.

Wer seine Steuererklärung richtig anfertigen will! sein Vermögen zutreffend bewerten will! die beste Zahlungsart wählen will! sich d. Verkehr m. d. Finanzämtern erleicht. will! muß die Anleitungen haben zur

Besitzsteuererklärung u. zum Reichsnotopfer

Vorrätig bei
G. W. ZAISER, Buchhandlg., Nagold.

Amtsgericht Nagold

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des

Fritz Waidelich, Möbelschreiners in Altensteig,

ist heute am 4. September 1920, nachmittags 2½ Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden.

Herr **Bezirksnotar Beck in Altensteig** ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **4. Oktober 1920** bei dem Gerichte anzumelden.

Zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie über den Verkauf der Liegenschaft durch den Konkursverwalter aus freier Hand ist Termin auf **Montag den 4. Oktober 1920, vormittags 11 Uhr** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Montag den 1. November 1920, nachmittags 3 Uhr** vor dem unterzeichneten Gerichte je auf dem Gerichtstag **in Altensteig** anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **4. Oktober 1920** Anzeige zu machen.

Nagold, den 4. September. 897

Oberfekretär Talmon-Gros.

Am letzten Mittwoch ging **von Ebhausen nach Wart** ein wasserdichter

Pferdeteppich verloren.

Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben im **„Hirsch" in Wart** gegen Belohnung abzugeben. 896

Prächtiges Haar

erzeugt Dr. Bukleb's Birkenwasser. Zu haben bei: 814
Gebr. Benz, Löwen-Drog.

Mädchen

fleißiges, findet auf 15. Sept. oder 1. Okt. angenehme Stellung bei gutem Lohn und fam. Behandlung bei [857
Frau Oberlehrer Olpp, Unterlengenhardt
Post Bad Liebenzell.

Schlafzimmer

eichen gew. u. nußb. pollert kauft jedes Quantum 898
Carl Kuch, Mannheim P. 7.

Von Kriegsbeschädigtem

Villa od. Landhaus

i. württ. Schwarzwald, mögl. Nähe Bahnstat. Linie Nagold-Pforzheim bei hoh. Anzahlung **zu kaufen od. z. mieten ges.** Neuzeitl. Einricht. u. gr. Garten erwünscht. Ev. in **Tausch** gegen kl. Landhaus m. Garten in nächst. Nähe v. Aalen. Angebote unter **S. T. 3150** an **Ala Haasenstein & Vogler, Stuttgart.** h59

Verbilligte Preise!

Kragen, Manschetten, Vorhemden
wäscht u. bügelt in tadelloser Ausführung
Dampfwäscherei Gebr. Steurer
Freudenstadt.
431

Annahmestelle für Nagold:
Frl. Frida Kempf.

Kirchen-Konzert.

Das Leipziger Soloquartett für Kirchengesang
des Professors Bruno Röthig
881] wird am
Montag, 6. September, abends 8 Uhr in der Stadtkirche singen.
Zum Vortrag kommt:
Das geistliche Volkslied.
(Geistliche Lieder vom 12. bis 18. Jahrhundert.)
Die Aufführung dauert 1 Stunde.
Eintrittspreis, mit Programm, **2.20 Mk.** einschl. Steuer.
Zu haben bei G. W. Zaiser
und abends an der Kasse.
Der Ertrag des Konzerts ist nach Abzug der Auslagen für wohltätige kirchl. Zwecke bestimmt.

Spöhrer'sche Höhere Handelsschule, Calw
891 Realabteilung - Handelsabteilung. — Neuaufnahme 11. Okt.

„Der Triumph des Lebens."

Dieser ausgezeichnete Roman, von Zola Stein, den wir vor kurzem im Gesellschafter zum Abschluß brachten und der den ungeteilten Beifall unserer Leser fand, ist in Buchform erschienen u. vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhandlung
Nagold.

Breisgauer Mostansatz
vorrätig bei 371
G. Eberhardt
Wildberg.

10 Stück Bier-

Fäßchen,
und eine Partie
neue Kübel
verkauft am Mittwoch d. 8. ds.
Georg Braun, Küfer
893 Ebhausen.

Aufklebadressen
bei G. W. Zaiser, Nagold.